

**Rede des Ministerpräsidenten  
Peter Harry Carstensen  
zum Abschluss des 3. Seminars des Vereins zur Förderung der  
Politischen Nachwuchsbildung in SH e.V., Gut Projensdorf,  
8. September 2011, 18.00 Uhr**

Sperrfrist: Redebeginn  
Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

Haben Sie herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrer Abschlussveranstaltung, hier auf dem wunderschönen Gut Projensdorf.

Ich bin gerne zu Ihnen gekommen. Zunächst einmal, um Ihnen zu gratulieren: Sie erhalten heute Ihre Abschlussurkunden als Dank für Ihren Ehrgeiz und Ihre Ausdauer, mit der Sie über ein Jahr lang am Ball geblieben sind. Das ist ein besonderer Moment, auf den ich mich gemeinsam mit Ihnen freue.

Doch zuvor habe ich die Gelegenheit, Ihnen meine Gedanken zu einer gesellschaftlichen Herausforderung offenzulegen, die da lautet: Wie gelingt es uns, wieder mehr junge Menschen für die Politik zu begeistern?

Sie, meine Damen und Herren, haben sich bereits für Politik begeistern können. Ihre Teilnahme an diesem Seminar belegt das eindrucksvoll.

Die Bandbreite der Themen, mit denen Sie sich in den vergangenen 15 Monaten auseinandergesetzt haben, ist bemerkenswert:

Sie reichte vom Rhetorik-Kurs bis hin zum kommunalpolitischen Führerschein. Sie sind für Ihre Arbeit im politischen Raum nun bestens gerüstet – sei es in Parteien, in Verbänden oder in anderen Organisationen.

Ich meine: Der Verein, der hinter diesem Projekt steht, hat zum dritten Mal ein beachtliches Programm auf die Beine gestellt. Für dieses erstklassige Bildungsangebot danke ich all jenen, die sich im Verein zur Förderung der Politischen Nachwuchsbildung engagieren.

Sie, sehr geehrter Herr Breitner,  
sind als Bürgermeister von Rendsburg und damit als aktiver  
Kommunalpolitiker ein wahrlich authentischer Vorsitzender des Vereins.

Sie stehen auch in der öffentlichen Wahrnehmung stellvertretend für  
das, wofür sich ihre Mitglieder einsetzen. Es geht darum, die Politische  
Bildung bei jungen Menschen zu verbessern, Lust auf Politik zu  
machen, weil wir wissen:

Ohne fundierte politische Kenntnisse schwindet die Akzeptanz für die  
Demokratie und für unser parlamentarisches Regierungssystem.

Auch mir sind diese Themen ein Herzensanliegen, deshalb bin Ihrer  
Einladung zum wiederholten Male und gerne gefolgt.

Und, Ihnen, liebes Ehepaar Hassenstein,  
ist nicht zuletzt für Ihr Engagement im Verein zu danken, sondern auch  
ganz herzlich dafür, dass Sie Ihren Wohnsitz für solche  
Veranstaltungen zur Verfügung stellen.

Ich darf sagen: Wir fühlen uns ausgesprochen wohl bei Ihnen auf Gut  
Projensdorf!

Meine Damen und Herren,  
wir brauchen junge Menschen, die sich politisch einbringen. Drängende  
Themen, die gestaltet werden wollen, gibt es zuhauf:

Der demographische Wandel – er ist schon heute Realität und braucht  
doch Politiker mit Weitblick.

Die hohe Staatsverschuldung – sie belastet kommende Generationen  
und verlangt deshalb Politiker mit Rückgrat.

Der Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien – er ist ambitioniert und erfordert dennoch Politiker mit dem Sinn für das richtige Maß.

Allein diese drei Beispiele zeigen: Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind riesig – und doch scheuen viele den Schritt in die Politik. Dieses Phänomen ist keineswegs neu, auch für die Parteien nicht:

*„Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft.“*

So hieß bei der SPD schon 1988 ein jugendpolitischer Parteitagbeschluss.

Wenn das der Maßstab ist, dann steht es um die Parteien wirklich nicht gut. Die Nachwuchsorganisationen der Parteien und die Parteien selbst haben in den vergangenen Jahrzehnten viele Mitglieder verloren.

Nehmen wir mal alle zusammen, die in irgendeiner Partei sind, dann kommen wir auf knapp 1,2 Millionen Menschen in Deutschland. Zum Vergleich: 1976 brachte das die SPD mit ihren rund eine Million Mitgliedern fast alleine auf die Waage.

Zur gleichen Zeit waren 300.000 SPD-Mitglieder unter 35 Jahre alt, heute liegt die Zahl bei weniger als 60.000. Und bei den meisten anderen Jugendorganisationen der Parteien sieht es nicht besser aus. Doch es ist nicht nur das: Viele Jungwähler zieht es weder in die Parteien, noch an die Wahlurnen. Damit verschenken junge Menschen großes politisches Einflusspotenzial.

Ein Effekt, der sich noch dadurch verstärkt, dass die Wählerschaft insgesamt immer älter wird. Wo eine Gesellschaft altert, da stehen gravierende Zukunftsentscheidungen an.

Hier sollten sich Jugendliche nicht selbst marginalisieren, indem sie bei Wahlen ihre Stimme verschenken.

Eine mögliche wechselseitige Erklärung für diese Entwicklung lautet:

Den Jugendlichen fehle es an Identifikationsbereitschaft mit der Politik. Die Politik wiederum biete der Jugend kein ausreichendes Identifikationspotenzial.

Richtig ist: Die heutige Jugend setzt übergreifend andere Prioritäten in ihrer Lebens- und Freizeitgestaltung als die Jugend der siebziger und achtziger Jahre. Und andererseits tragen Politikskandale selbstverständlich mit bei zum Vertrauens- und Integrationsverlust in Politik und Parteien.

Parteimitglieder gelten häufig als „uncool“, die ihre Freizeit vergeuden und nur über „abgehobene“ Themen diskutieren. Das ist nicht von mir: Das hat vor einigen Jahren eine Befragung unter Hamburger Gymnasiasten ergeben.

Ich persönlich bin nämlich nicht ganz so pessimistisch. Auch wenn der Nachwuchs in den Parteizentralen keine Türen einrennt, erlebe ich doch immer wieder:

Viele junge Menschen wollen sich gesellschaftlich engagieren. Sie wollen sich dabei allerdings meist nicht dauerhaft binden, sondern lieber konkret und anlassbezogen einbringen. Die Jugend ist also durchaus noch politisch, aber eben nicht mehr im klassischen Sinne. Sie will sich engagieren, aber auch selbst entscheiden, wo, wann und wie. Sie will nicht sofort einen Mitgliedsantrag unterschreiben und in den alten Apparat eingegliedert werden.

Diese Arbeit in Netzwerken, in Jugendgruppen und Verbänden kann jedoch genutzt werden, um junge Menschen in informellen Zusammenhängen auf die Parteiarbeit aufmerksam zu machen.

Hier sehe ich einen Ansatz, denn wir wissen mittlerweile: Wenn Jugendinitiativen mit ihren Projekten erfolgreich sind, dann ermutigt das viele Jugendliche, sich längerfristig zu engagieren.

Das beste Beispiel dafür ist doch die Aktion „Schüler helfen Leben“. Für einen Tag tauschen bundesweit unzählige Schüler die Schulbank gegen einen Job, um ihren Verdienst anschließend der guten Sache spenden. So sind bereits viele Millionen Euro für soziale Projekte zusammengekommen.

Das ist vorbildliches gesellschaftspolitisches Engagement, das ist eine Form von ergebnisreicher Repolitisierung.

Politik und Gesellschaft tun gut daran, die junge Generation in diesem Sinne ernst zu nehmen und einzubinden.

Und wer weiß: Wenn die Jugendlichen merken, dass sie etwas bewegen können, dann lassen sie sich eher für die Mitarbeit in einer Partei gewinnen.

Ein Automatismus ist das nicht. Die Parteien müssen sich entsprechend für Jugendliche öffnen, die richtige Ansprache entwickeln und Inhalte konsequent und glaubwürdig vertreten.

Meine Damen und Herren,  
ich sage allerdings auch: Wir müssen die Bürger – und zwar nicht nur die Jungen – stärker mit staatsbürgerlichem Bewusstsein vertraut machen. Auch daran hängt die Akzeptanz unseres politischen Systems.

Es stimmt schon, was der in Kiel geborene Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg einmal gesagt hat: Demokraten fallen nicht vom Himmel.

Und das führt mich geradewegs zu einer These, die von einigen Politikwissenschaftlern vertreten wird. Sie lautet: Politikverdrossenheit entsteht auch durch Wissenslücken und Missverständnisse.

Kann das sein?

Es gibt dazu Erhebungen, die in ihrer Aussage nach wie vor aktuell sind. Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt hat sie vor einigen Jahren zusammengetragen.

Im Ergebnis meinen demnach viele Deutsche, ihr politisches System funktioniere nicht gut und brauche vielerlei Veränderungen. Das muss uns zu denken geben.

So glaubt demzufolge nur etwa die Hälfte der Bevölkerung, mit der Demokratie ließen sich Deutschlands Probleme lösen. Über zwei Drittel der Deutschen vertrauen zwar Institutionen wie den Gerichten, der Polizei und der Armee. Doch ganz ehrlich: Mit diesen Einrichtungen ließe sich auch ein Obrigkeitsstaat führen.

Den Parlamenten, als unseren demokratisch legitimierten Institutionen, wird da schon weniger vertraut.

Ganz traurig wird's mit Blick auf jene Organisationen, die um politische Konzepte streiten und den Bürgern Politik-Alternativen anbieten: Den Parteien. Ihr Image ist, sagen wir es mal vorsichtig, suboptimal.

Von Politikern ganz zu schweigen: Auf der Ansehensskala ausgewählter Berufe landen sie stets weit unten.

Nur: Wenn die Mehrheit der Bürger einem potenziell nicht traut oder einen für einen Lügner hält – wen zieht es da schon in die Politik?

Und wie lässt sich unsere Demokratie auf Dauer sichern, wenn es den meisten nicht gefällt, dass sich jemand politisch betätigt?

System- und Politikverdrossenheit haben sicher auch politische Gründe.

Wir leben nicht mehr in der Zeit der Überfluggesellschaft. Klimawandel, demografischer Wandel und jahrzehntelang aufgetürmte Schulden: All das bedroht unseren Wohlstand und das Gefühl sozialer Sicherheit.

Wer in diesen Zeiten Politik macht, der kann längst nicht mehr nur daran arbeiten, das Erreichte zu verbessern. Er kommt auch um Reformen nicht herum, die vielen Menschen Zumutungen bescheren.

Die Folge sind Unzufriedenheit und Murren. Ich habe es selbst erlebt, als ich für den schwierigen aber notwendigen Konsolidierungskurs dieser Landesregierung gekämpft habe.

Die Politik hat die Schuldenproblematik viel zu lange nicht angepackt, diese Altlast fällt den aktuell Verantwortlichen daher mit umso größerer Wucht auf die Füße. Dass die Politikdarstellung in den Medien dem alten Spiel folgt - „Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten“ - tut ein Übriges.

Trotz aller Skepsis gegenüber der Politik stellen die Bürger an die Leistungen von Politik und Politikern die höchsten Ansprüche. Die zwangsläufig enttäuschten Erwartungen münden in demonstrativer Politikverdrossenheit und Wahlabstinenz.

Einer der Gründe, warum sich viele Menschen von der Politik nicht mitgenommen fühlen und in Parteien nicht mehr aktiv werden, ist zudem die fortschreitende Auflösung lebenslang prägender Milieus.

Die große Mobilität und die Individualisierung von Lebensstilen lässt kaum Platz für die traditionellen Beteiligungsformen in Parteien und in der Kommunalpolitik. Und vielleicht schon zuvor hat sie dazu beigetragen, früher übliche weltanschauliche Bindungen an bestimmte Parteien aufzulösen.

An dieser Stelle kommt leicht das Argument: Die Bürger wenden sich ab von der Politik, weil sie von wirklicher, nämlich plebiszitärer Teilhabe, ausgeschlossen seien. Wir bräuchten einfach mehr direkte Demokratie.

Stimmt das?

Schauen wir doch einmal genauer hin: So gut wie alle deutschen Kommunalverfassungen kennen plebiszitäre Instrumente, alle Bundesländer ermöglichen Volksbegehren und Volksentscheide. Doch auch dies hat das bürgerschaftliche Engagement in Kommunen und Ländern unterm Strich nicht steigern können.

Nein: Die vielen genannten Punkte dringen noch nicht zum eigentlichen Kern der Parteien- und Politikverdrossenheit vor.

Politikwissenschaftler wie Prof. Patzelt oder der hier in Kiel lehrende Prof. Schuett-Wetschky meinen:

Ein Großteil des misstrauigen Gemurmel liegt an einem überholten politischen Verständnis vom Funktionieren unserer parlamentarischen Demokratie.

Sie sprechen vom latenten Verfassungskonflikt: ein Konflikt zwischen vermuteter und gelebter Verfassung.

Vor einigen Jahren wurde dieser Konflikt sogar empirisch nachgewiesen. Es zeigte sich, dass die Mehrheit der Deutschen sich in unserem Regierungssystem schlecht auskennt. Außerdem wird es anhand von Erwartungen beurteilt, die an seinen Eigenschaften vorbeigehen.

Es funktioniert einfach anders, als viele Bürger glauben. Ja, selbst einige Abgeordnete missverstehen unsere parlamentarische Demokratie, so das Ergebnis der Studie.

Der erste Grund für dieses tiefgreifende Missverständnis sind Wissenslücken. Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele aus der Erhebung:

Etwa die Hälfte der befragten Deutschen meinte, schon einmal etwas von Gewaltenteilung gehört zu haben. Was Föderalismus ist, wussten damals 59 Prozent nicht. 40 Prozent der Deutschen konnten nichts oder nur Falsches über den Bundesrat äußern.

Vom Bundestag, der ja nun wirklich öffentlichkeitswirksam arbeitet, sagten 60 Prozent: Über seine Arbeitsweise erfahren wir zu wenig.

Fast genauso viele konnten keine Angaben darüber machen, wie denn außerhalb des Plenarsaals die Arbeit des Parlamentes verläuft. Dass im Plenum die Beschlüsse fallen, um die Entscheidungen jedoch gerade nicht im Plenum gerungen wird, sondern in den Arbeitskreisen der Fraktionen, in den Fraktionsvollversammlungen und Ausschusssitzungen, ist weitgehend unbekannt.

Zu diesen Wissenslücken gesellen sich Missverständnisse. Gut 60 Prozent der Deutschen wissen zwar, dass bei uns die Regierung aus dem Parlament hervorgeht und ihr die parlamentarische Minderheit als Opposition gegenübersteht.

Dass ein parlamentarisches Regierungssystem auch so aufgebaut sein sollte, meinen jedoch nur 40 Prozent der Bürger. Sie finden es suspekt, dass die Aufgabe der Regierungsparteien nach der Wahl darin besteht, der Regierung bei Abstimmungen zu Mehrheiten zu verhelfen.

Seit Jahrzehnten meinen zwei Drittel der Deutschen: Die Opposition hat unter anderem die Aufgabe, die Regierung bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Wir dürfen uns also nicht wundern, dass die Bürger den im System gewollten politischen Streit nicht gut heißen, wenn nur jeder Zweite weiß: Es ist tatsächlich die Aufgabe der Opposition, die Regierungspolitik zu kritisieren.

Das zeigt, welche Aufklärungsarbeit vor uns liegt.

Und damit auch vor Ihnen,  
meine Damen und Herren,  
als nun bestens gerüstete Multiplikatoren.

Wie sehr der Parlamentsbetrieb missverstanden wird, hat mir noch ein weiteres Beispiel vor Augen geführt. Hartnäckig hält sich die Legende vom „Fraktionszwang“.

Ein Großteil der Bürger und Journalisten glaubt an dessen Existenz und hat damit ein falsches Bild vom Parlamentarismus. Wie kommt es denn zustande, dass Fraktionen immer wieder einheitlich abstimmen?

Ich könnte auch fragen: Wie kommt es, dass eine Fußballmannschaft geschlossen auftritt und jeder Spieler seine Rolle verlässlich ausfüllt?

Eben: Nur die geschlossene Mannschaftsleistung führt zum Sieg. In der Politik ist es nicht anders. Ohne Geschlossenheit lassen sich politische Vorhaben parlamentarisch nicht durchsetzen.

Wenn man einmal verstanden hat, was Sportmannschaften zusammenhält, dann versteht man auch gut, nach welchen Mechanismen der „parlamentarische Sport“ funktioniert: Die Fraktionsdisziplin bei Abstimmungen ist Voraussetzung für den parlamentarischen Erfolg.

Mit Zwang hat das nichts zu tun.

Meine Damen und Herren,  
wir sollten die Ahnungslosigkeit vieler Bürger ob der tatsächlichen Beschaffenheit unseres Regierungssystems nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Die Missverständnisse führen mitunter zu unbegründeten Vorwürfen und zu jener Verdrossenheit, die wir allenthalben beobachten. Und das wiederum ist der Nährboden für Radikalismus.

Wer jedoch der Versuchung erliegt, mit grundsätzlichen Veränderungsvorschlägen zu punkten, geht ein großes Risiko ein. Schon mancher eingebilddete Kranke wurde erst durch die Therapie wirklich krank.

Sollten wir also unser politisches System den Vorstellungen der Bürger anpassen oder sollten wir lieber versuchen, deren politisches Wissen und Verständnis an die Komplexität unseres politischen Systems anzupassen?

Unsere politischen Institutionen haben sich im Wesentlichen bewährt und die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 ist eine beachtliche Erfolgsgeschichte. Daher kommt eigentlich nur die zweite Antwort in Betracht.

Wir müssen in den Schulen und auch in den Medien eine kontinuierliche politische Bildungsarbeit leisten.

Und zwar eine solche, die Interesse auf Politik weckt und gleichzeitig die gefährlichsten Wissenslücken, Vorurteile und Missverständnisse ausräumt.

Ich bin deshalb dankbar, dass es bei uns in Schleswig-Holstein den Verein zur Förderung der politischen Nachwuchsbildung gibt. Er kann mit dazu beitragen, den politischen Bildungsauftrag in diesem Sinne zu erfüllen. Seine Mitstreiter können einen Schritt in diese Richtung gehen. Unser Land braucht Nachwuchspolitiker, die wissen, wie Politik funktioniert.

Nur mit dem notwendigen Rüstzeug, um die politischen Abläufe zu verstehen und einzuordnen, kann auch die Bereitschaft wachsen, sich politisch zu engagieren.

Und wer erst mal so weit ist, wird sehr schnell feststellen:

Es sind die Parteien, die ihm diese politische Teilhabe am ehesten ermöglichen.

Für die Nachwuchsgewinnung der Parteien heißt das:  
Eine verstärkte politische Bildungsarbeit kann auch den Parteien helfen, diese Herausforderung besser zu bestehen.

Hier gilt: Bei der Vermittlung von politischer Bildung brauchen wir einen langen Atem. Wir müssen immer wieder neu ansetzen und am Ball bleiben. Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt verglich das mit dem Versuch, über Jahrhunderte eine gotische Kathedrale aus verletzlichem Sandstein zu erhalten.

Trotzdem führt kein Weg daran vorbei, wenn wir unsere komplexe freiheitliche Ordnung erhalten und an unsere Kinder und Enkel weitergeben wollen.

Was können wir noch tun?

Wir müssen gleichzeitig versuchen, diejenigen einzubinden, die ohne langfristiges Engagement an Entscheidungen mitwirken wollen. Mehr Bürgerforen könnten eine Antwort sein. Sie machen die Politik bürgernäher und eröffnen neue Beteiligungsmöglichkeiten.

Ein gutes Beispiel dafür ist das Dialogforum zur festen Fehmarnbeltquerung, das wir gerade ins Leben gerufen haben. Ich bin überzeugt, dass es die politische Kultur in Schleswig-Holstein beleben kann.

Die politischen Nachwuchsorganisationen der Parteien müssen versuchen, projekt- und anlassbezogene Angebote zu machen. Die Erfahrungen zeigen, dass so am ehesten Jugendliche zum Mitmachen bereit sind.

Und wenn man dann schon dabei ist, zum Beispiel ein Konzert gegen Fremdenfeindlichkeit zu organisieren, dann kommt man womöglich auch über die großen, aktuellen Themen ins Gespräch, zu denen die Parteien ihre Politikangebote machen.

Der Spaß darf dabei natürlich nicht zu kurz kommen. Parteipolitik muss für junge Menschen mit Geselligkeit verbunden sein.

Der persönliche Kontakt und das Gemeinschaftsgefühl sind oftmals entscheidend für ein längerfristiges Engagement.

Ich meine: 50 Prozent Politik – 50 Prozent Party, das ist in dieser Altersgruppe allemal ein guter Anfang.

Meine Damen und Herren,  
nur einen Fehler dürfen wir nicht machen: Hüten wir uns davor, überholten Systemvorstellungen einfach zu folgen, nur weil sie populär sind.

Den latenten Verfassungskonflikt sollte nämlich die erfolgreich gelebte Verfassung gewinnen. Eine erfolgreich gelebte Verfassung macht am ehesten Lust auf Politik.

Demokratie lernen, heißt Demokratie leben.

Und demokratisches Handeln kann und muss gelernt werden. Wir müssen schon Kindern und Jugendlichen die Vorzüge, Leistungen und auch die Komplexität unserer Demokratie vermitteln.

Nur so können Heranwachsende begreifen, dass demokratische Errungenschaften wie Freiheit, Solidarität und Toleranz niemals in Frage stehen dürfen – auch dann nicht, wenn eine Gesellschaft vor großen Herausforderungen steht.

Darin wiederum liegt auch eine Chance für die Parteien.

Verwirklichen wir diese Chance!